

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 31. Januar 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Böhm (bis Ziffer 5)  
Stadträtin Link-Bauer  
Stadtrat Lux  
Stadtrat Dr. Oschmann  
Stadtrat Sauerbrey  
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 1)  
Stadträtin Schwab (bis Ziffer 2)  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 1, außer Ziffer 4)  
Stadträtin Wallrapp  
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Conrad  
Stadträtin Fabian  
Stadtrat Heisel  
Stadtrat Hertel (ab Ziffer 1)  
Stadtrat Michelsen  
Stadtrat Seelkopf

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Stadtrat Haupt (ab Ziffer 1)  
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Konrad  
Stadtrat Özdil  
Stadtrat Popp

USW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Lorenz  
Stadtrat Müller

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer  
Groß

Berichterstatter:

Amtmann Hartner  
Amtsrat Teichmann  
Dipl.-Ing. Lepelmann  
Stadtjugendpfleger Popp (Ziffer 2)  
Amtfrau Hartmann (Ziffer 2)  
Dr. Moldan (Ziffer 1)

Protokollführerin:

Verwaltungsfachwirtin Rose  
Verwaltungsfachangestellte Kohlhepp

Entschuldigt fehlten:

Stadträtin Gold

Stadtrat Jeschke  
Stadtrat Mahlmeister

### Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

#### 1. Fl.Nr. 6510/5, Jungfernmühle 1; Neubau einer Mobilfunk-Basisstation; Information zur Strahlenbelastung; Beschluss

- A) Oberbürgermeister Moser begrüßt eingangs Herrn Dr. Moldan und führt aus, dass viele Menschen, die im Bereich von Sendemasten wohnen, oft über gesundheitliche Beschwerden klagen und die Stadt Kitzingen hier auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern hat.

Dr. Moldan erläutert anhand von Folien, wie der Mobilfunk allgemein funktioniert und welche Maßnahmen man ergreifen kann um nur einer bestimmte Strahlungsintensität ausgesetzt zu sein. Er weist darauf hin, dass die Mobilfunkindustrie verpflichtet ist, sowohl Wohngebiete als auch landwirtschaftliche Bereiche flächendeckend zu versorgen. Er geht auf die verschiedenen Antennenarten ein und erklärt, dass in heutiger Zeit mehr und mehr Sektorantennen installiert werden, da diese nur in einen bestimmten Bereich ausstrahlen. Dr. Moldan schildert die Funktion des in Kitzingen geplanten Mobilfunkmasten und geht auf mögliche Gesundheitsschäden im Bereich bis zu 300 m Entfernung ein.

Im Anschluss an seinen Vortrag steht er für allgemeine Fragen zu Verfügung.

Stadtrat Weiglein fragt nach, ob man bei bestehenden Anlagen in der Stadt die Grenzwerte ändern kann. Dr. Moldan erklärt daraufhin, dass es möglich ist mit den Mobilfunkbetreibern zu reden, die Sendeleistung zu verringern bzw. die Strahlungsrichtung zu ändern.

Stadtrat Müller will wissen, ob der geplante Standort für den Sendemast so vertretbar sei. Darauf antwortet Dr. Moldan, dass der Sendemast hoch genug und somit die Strahlenbelastung geringer ist, als wenn die Antenne auf einem Hausdach montiert ist. Stadträtin Wallrapp erkundigt sich, welchen Sendebereich der Mast abdeckt. Dr. Moldan führt aus, dass es wahrscheinlich ist, dass dieser Sendemast der Anfang ist und weitere kleine Antennen auf private Häuser installiert werden. Diese kleine Antennen bedürfen nicht der Genehmigung durch die Stadtverwaltung.

Stadträtin Link-Bauer fragt nach, ob der Betreiber verpflichtet ist, die kleinen Antennen der Stadt Kitzingen zu melden. Herr Lepelmann erläutert, dass erst mal eine Bestandsaufnahme erfolgen soll und der Betreiber aufgefordert wird alle Antennen im Stadtgebiet zu melden. Der Oberbürgermeister führt noch aus, dass sobald das Gutachten vorliegt, ein Fachmann hinzugezogen werden soll, der dann auch Empfehlungen gibt, wie weiter verfahren werden kann.

#### **B) - Mit 27 : 0 Stimmen -**

Die Genehmigung zum Neubau einer Mobilfunk-Basisstation auf Fl. Nr. 6510/5, Gemarkung Kitzingen, An der Jungfernmühle 1, durch die Fa. Mannesmann Mobilfunk

GmbH, Eschborn, wird bis zum Vorliegen der Mobilfunk-Untersuchung für das gesamte Stadtgebiet zurückgestellt.

## 2. Neustrukturierung der städtischen Jugendarbeit

A) Zu Beginn stellt Stadträtin Schmidt einen Antrag auf namentliche Abstimmung. Oberbürgermeister Moser sagt eine Abstimmung über diesen Antrag zu, erinnert zunächst aber noch an die beiden Informationsveranstaltungen in der Alten Synagoge. Danach erteilt er Stadtjugendpfleger Popp das Wort. Stadtjugendpfleger Popp stellt daraufhin noch einmal in stark geraffter Weise sein Konzept bezüglich der künftigen Jugendarbeit in Kitzingen vor. Im Anschluss daran stellt Stadträtin Fabian den Antrag, den in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag eingegangenen Antrag der FBW-Fraktion nicht mehr zu behandeln. Sie bemängelt, dass die Kollegen der Fraktion am Dienstag in der vorberatenden Sitzung anwesend gewesen sind. Oberbürgermeister Moser betont, dass ein gestellter Antrag nicht übergangen werden kann. Zunächst aber lässt er die Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen ihre Stellungnahmen abgeben. Stadträtin Fabian, Jugendreferentin, macht noch deutlich, dass der Jugendbeirat in seiner Sitzung am 28.11.2001 dem Stadtrat empfohlen hat, dem Konzept des Stadtjugendpflegers zuzustimmen. Sie bittet darum, in den Stadtjugendpfleger Vertrauen zu setzen und seinem Konzept zuzustimmen.

### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen:

#### a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein stellt fest, dass in einer sehr persönlichen Weise über diese Angelegenheit gesprochen worden ist. Stadtjugendpfleger Popp habe deutlich gemacht, was in der Jugendarbeit zu tun ist. Die CSU-Fraktion findet den neuen Weg korrekt und richtig. Stadtrat Weiglein bittet alle Beteiligten, auf diesem Weg weiter zu gehen.

#### b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD ist der Meinung, dass Jugendarbeit langfristig und wirksam sein muss und dass präventive Jugendarbeit in Jugendtreffs nur zum Teil geleistet werden kann. Stadtrat Heisel warnt auch davor, dass die Stadt Kitzingen die Verantwortung für die Jugendlichen übernimmt, wenn das Konzept so beschlossen wird. Innerhalb der Fraktion habe man sich darauf geeinigt, den Beschluss dann mitzutragen, wenn die zentrale Anlaufstelle für die Jugendlichen noch so lange im Jugendhaus bleibt, bis eine wirtschaftlich günstigere Lösung gefunden worden ist.

#### c) FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter teilt mit, dass sie sich der Meinung der SPD-Fraktion anschließen. Sie plädieren allerdings dafür, zunächst nur vier dezentrale Jugendtreffs zu bilden. Aus diesen Erfahrungen heraus sollten dann erst weitere Entscheidungen getroffen werden. Auch sind sie der Auffassung, dass das Jugendhaus so lange für die Jugendlichen geöffnet bleiben sollte, bis über die dezentralen Jugendtreffs endgültig entschieden ist.

#### d) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp stellt zunächst fest, dass innerhalb der Fraktion eine unterschiedliche Meinung herrscht. Er steht auf dem Standpunkt, dass der finanzielle Schwerpunkt auf die dezentralen Jugendtreffs gelegt werden muss. Auch müsse die Jugendarbeit in den Vereinen weiterhin finanziell unterstützt werden. Der endgültigen Schließung

des Jugendhauses kann er nur zustimmen, wenn die dezentralen Jugendtreffs erfolgreich installiert worden sind und die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen worden ist. Bezüglich der zukünftigen Verwendung des Jugendhauses bittet er um die Vorlage eines Konzeptes.

e) USW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Müller geht davon aus, dass das Jugendhaus erst geschlossen wird, wenn ein geeigneter Raum für den zentralen Jugendtreff gefunden worden ist. Die USW-Stadträte unterstützen das Konzept von Stadtjugendpfleger Popp voll und ganz und danken ihm für den mutigen Schritt.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt geht zunächst wieder auf den Brandschutz ein. Sie stellt fest, dass diese Kosten nicht dem Budget des Jugendhauses zugerechnet worden wären.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass solche großen Instandsetzungen nicht über das Budget sondern außerhalb davon abgewickelt werden. Er führt weiter aus, dass der Brandschutz im Vermögenshaushalt zu Buche schlägt und nicht im Verwaltungshaushalt. Das Budget des Jugendhauses bezieht sich nur auf den Verwaltungshaushalt. Er betont aber auch, dass Brandschutzmaßnahmen für normale Wohnzwecke untergeordnete Qualität hat, während der Brandschutz für ein öffentliches Gebäude (z.B. Veranstaltungssaal) eine wesentlich höhere Qualität hat. Diese Unterschiede bringen auch verschiedene Kostenhöhen mit sich.

Stadträtin Schmidt ist der Meinung, dass der Stadtrat seine Verantwortung aus der Hand gibt. Das Konzept wird ihres Wissens nach auch nicht von vielen Fachleuten mitgetragen. Auch bemängelt sie, dass keine Kompromissbereitschaft in dieser Angelegenheit zu erkennen gewesen ist. Sie kann dem vorliegenden Beschluss nicht zustimmen. Sie hätte sich vorstellen können, das Jugendhaus in reduzierter Form weiterzuführen. Hierdurch wäre auch die Integration der ausländischen Jugendlichen besser möglich gewesen. Sie spricht sich für den Erhalt des Jugendhauses als Fundament der Jugendarbeit in Kitzingen aus.

C) Stadträtin Fabian weist nochmals auf ihren Antrag hin, den Antrag der FBW-Fraktion nicht zu behandeln.

Stadtrat Müller erinnert daran, dass in der heutigen Sitzung ohne erneute Diskussion abgestimmt werden sollte und warnt davor, nochmals über dieses Thema zu diskutieren.

Oberbürgermeister Moser stimmt dem zu und nimmt den Wunsch der SPD-Fraktion auf, in den Beschlussentwurf unter Ziffer 2 noch folgenden Satz mit aufzunehmen: „Der Wirtschaftlichkeitsnachweis ist zu erbringen.“

Oberbürgermeister Moser lässt nun über den Antrag von Stadträtin Schmidt auf namentliche Abstimmung beschließen:

**D) – Mit 27 : 0 Stimmen –**

Dem Antrag von Stadträtin Schmidt auf namentliche Abstimmung wird stattgegeben.

**E) – Mit 21 : 6 Stimmen –**

Der Stadtjugendpfleger wird beauftragt, folgende Umstrukturierung der städtischen Jugendarbeit durchzuführen:

1. a) Im Jugendhaus „Freestyle“ werden derzeit keine Investitionen (gilt nicht für den Jugendhauskeller) (Brandschutz etc.) getätigt. Das obere Geschoss wird für den

Publikumsverkehr geschlossen, das „Internetcafé“ mit den beiden Computern in die unteren Räume verlegt.

- b) Die Öffnungszeiten des Jugendhauses werden ab 01.02.2002 auf drei Stunden täglich (Dienstag bis Samstag) gekürzt, damit die pädagogische Fachkraft sich dem Aufbau von dezentralen Einrichtungen widmen kann. Während der Öffnungszeiten ist die pädagogische Fachkraft anwesend.

- 2. a) Sowohl innerstädtisch als auch in den Stadtteilen werden in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen selbstverwaltete Jugendtreffs installiert.
- b) Es werden neue selbstverwaltete Treffmöglichkeiten für die bisherigen Jugendhausbesucher, die Breakdancer und die Bands geschaffen.

Der Wirtschaftlichkeitsnachweis ist zu erbringen.

- 3. a) Die pädagogische Fachkraft erhält zukünftig als „Anlaufstelle für Jugendliche“ einen festen Dienstsitz mit geregelten Öffnungszeiten.
- b) Die durch die Kündigung von Herrn Witthauer freigewordene Stelle wird nicht wieder besetzt.
- 4. a) Sind die Aufgaben in Nummer 2 und 3 erledigt, wird das Jugendhaus in der Schrankenstraße endgültig geschlossen.
- b) Es wird ein Vorschlag zur weiteren Verwendung des Inventars vorgelegt.
- 5. Während des Umstrukturierungsprozesses soll es eine kontinuierliche und differenzierte Bedarfsanalyse geben (eventuell in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt), um über aktuelle Trends in der komplexen Jugendszene auf dem Laufenden zu bleiben.
- 6. Der Stadtjugendpfleger wird einerseits mit den Vereinen über mögliche räumliche Ressourcen verhandeln und andererseits die Ehrenamtlichen, die besondere Formen der „Offenen Jugendarbeit“ praktizieren, finanziell und konzeptionell unterstützen.
- 7. Der Stadtjugendpfleger hält den Stadtrat über die Umstrukturierungsmaßnahmen und die dezentralen Neueinrichtungen kontinuierlich auf dem Laufenden.
- 8. Die freigewordenen Gelder (eingesparte Personalkosten) werden dem Budget des Stadtjugendpflegers zugeordnet, um damit die dezentralen Jugendtreffs zu installieren, Projektarbeit zu betreiben und „Offene Plätze“ für Jugendliche zu schaffen.

**Dafür stimmen 21 Stadtratsmitglieder:**

Oberbürgermeister Moser, 2. Bgm. Böhm, Stadträtin Link-Bauer, Stadtrat Lux, Stadtrat Dr. Oschmann, Stadtrat Sauerbrey, Stadtrat Schardt, Stadträtin Schwab, Stadträtin Stocker, Stadtrat Straßberger, Stadträtin Wallrapp, Stadtrat Weiglein, Stadtrat Conrad, Stadträtin Fabian, Stadtrat Heisel, Stadtrat Hertel, Stadtrat Seelkopf, Stadtrat Konrad, Stadtrat Popp, Stadtrat Lorenz, Stadtrat Müller

**Dagegen stimmen 6 Stadtratsmitglieder:**

Stadtrat Michelsen, Stadtrat Haag, Stadtrat Haupt, Stadträtin Wachter, Stadtrat Özdil, Stadträtin Schmidt

Oberbürgermeister Moser unterbricht die Sitzung von 19.10 Uhr bis 19.15 Uhr.

### 3. Zentrenkonzept Kitzingen

#### Vorstellung GMA (Kenntnisnahme)

#### Weiteres Vorgehen (Selbstbindungsbeschluss)

A) Herr Lepelmann erläutert anhand des Sachvortrages den Tagesordnungspunkt. Stadtrat Weiglein weist auf die Anlage 7 hin, in dem unter zentrumsrelevantem Sortiment Schnittblumen mit aufgenommen seien. Er fragt nach, ob die Gärtner in Etwashausen dann keine Schnittblumen mehr verkaufen dürfen. Berufsmäßiger Stadtrat Groß gibt zu, dieses Problem jetzt auch zu erkennen und ist der Auffassung für Etwashausen eine Ausnahme zuzulassen. Der Oberbürgermeister schlägt vor, zu diesem Punkt die Ergänzung „außer gärtnerische Selbstvermarkter“ aufzunehmen.

#### B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

##### a) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent sieht dieses Gutachten als Leitfaden für Kitzingen. Er vertritt die Auffassung, das alles daran gesetzt werden muss, die gesamte Struktur in unserer Region zu erhalten bzw. zu verbessern.

Für die Fraktion spricht Stadträtin Wallrapp und äußert, dass dieses Konzept im Detail nichts Neues gebracht hat. Einige Zahlen seien längst überholt, die Fertigstellung der Anbindung der St 2271 Volkach wurde nicht berücksichtigt, sowie die Schließung einiger Geschäfte in der Innenstadt. Die CSU-Fraktion hält jedoch den Selbstbindungsbeschluss für sinnvoll und stimmt dem Beschluss zu.

##### b) SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Heisel spricht im Namen der Fraktion die Zustimmung zu diesem Konzept aus. Sie halten den Selbstbindungsbeschluss für sehr sinnvoll.

##### c) FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Haupt als Referent für Industrie- und Gewerbeförderung ist der Meinung, dass das Geld für dieses Konzept sehr gut angelegt war. Er erläutert seine Meinung zu den einzelnen Punkten und gibt seine generelle Zustimmung dazu, auch im Namen der gesamten Fraktion.

##### d) KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Popp gibt zu Bedenken, ob diese lange Zeit für den Selbstbindungsbeschluss durchgehalten werden kann. Die KIK-Fraktion stimmt diesem Konzept ebenfalls zu.

##### e) USW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Müller betont noch mal, dass es wichtig ist, diesen Selbstbindungsbeschluss zu beschließen auch bis zum Jahr 2010. Die Selbstbindung kann auch für weitere Investitionen in Kitzingen wichtig sein. Die USW gibt volle Zustimmung.

##### f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt bedauert, dass die Gastronomie in diesem Konzept nicht besser eingebunden ist. Ansonsten besteht Zustimmung.

#### B) - **Mit 26 : 0 Stimmen** -

1. Vom Vortrag der GMA (Ludwigsburg) sowie der Zusammenfassung des Zentrenkonzepts (s. Sachvortrag) wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, folgende Kernpunkte des Zentrenkonzepts der GMA i.d.F.v. Januar 2002 für die künftigen Sachbehandlungen und Entscheidungen i.S.

Einzelhandelsentwicklung in Kitzingen im Sinne eines „Selbstbindungsbeschlusses“ zugrunde zu legen:

- Sortimentskonzept  
(Ergänzung bei Schnittblumen: „außer gärtnerische Selbstvermarkter“)
- Standortkonzept
- Ergänzende Maßnahmen

### 3. Sortimentskonzept (s. Anlage 7)

Bei Neuansiedlungen oder Bestandsentwicklungen wird künftig die von der GMA für Kitzingen erarbeitete Aufteilung in „zentrumsrelevante“ und „nicht zentrumsrelevante“ Sortimente zugrunde gelegt. Zentrumsrelevante Sortimente sind danach nur noch im Bereich der Altstadt zulässig bzw. als „Randsortimente“ bei nicht „zentrumsrelevanten Anbietern“ nach vorheriger Einzelfallprüfung und zu definierender Größenordnung. Abwägungsspielräume bestehen insbesondere für die Sortimente: Elektrowaren, Nahrungs- und Genussmittel sowie für Zoologischen Bedarf. Ferner werden die vom GMA-Gutachten ermittelten Größenordnungen der Einzelhandelsentwicklung (Verkaufsflächen) bis 2005 bzw. 2010 als Beurteilungskriterium nach Branche und Größe im Bedarfsfall herangezogen.

### 4. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen

#### a) Jahresabschluss 2001

#### b) Verwendung des Überschusses 2001

**- Mit 25 : 0 Stimmen -**

- a) Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Rechnung der Stiftung im Jahr 2001 wie folgt abschließt:

Verwaltungshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	77.062,40 DM
Vermögenshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	<u>68.137,30 DM</u>
	<u>145.199,70 DM</u>

- b) Es besteht damit Einverständnis, dass der Überschuss 2001 der Stiftung in Höhe von 35.737,30 DM wie folgt verwendet wird:

1. Zuführung zum Stiftungsvermögen	35.245,20 DM
2. Auszahlung an den Caritasverband zur zweckentsprechenden Verwendung, zusätzlich zu dem bereits gewährten Aufwendungszuschuss in Höhe von 39.039,00 DM	<u>492,10 DM</u>
	<u>35.737,30 DM</u>

### 5. 1. Sanierung der Außenfassade der Tourist-Information (Niesers-Haus) im August 2000 und im Winter 2000/2001

## 2. Innenstreifarbeiten, geplant für das Jahr 2002

**– Mit 26 : 0 Stimmen –**

### 1. Außenfassade

Die nicht durch Versicherungsleistungen gedeckten Kosten in Höhe von 9.543,93 DM der Wiederherstellung der Außenfassade des Niesers-Hauses werden von der Stadt Kitzingen übernommen, d. h. dem Budget der Tourist-Information für 2001 zusätzlich zur Verfügung gestellt (HSt. 0.7901.5010 Unterhalt der Gebäude).

### 2. Innenrenovierung

Das Budget der Tourist-Information für 2002 wird für die dringend notwendige Innenrenovierung um 4.000.- Euro auf 114.380,- Euro aufgestockt (HSt. 0.7901.5010 Unterhalt der Gebäude).

## 6. Budgetierung der

### 1. Grünanlagen und öffentlichen Grünflächen

### 2. Stadtgärtnerei

**- Mit 25 : 0 Stimmen –**

### 1. Grünanlagen und öffentliche Grünflächen -UA 5800-

Der UA 5800 wird ab dem Haushaltsjahr 2002 budgetiert.  
Das Budget wird auf 355 110 € festgesetzt.

### 2. Stadtgärtnerei -UA 5821-

Der UA 5821 wird ab dem Haushaltsjahr 2002 budgetiert.  
Das Budget für den UA 5821 wird  
in Einnahmen auf 606.700 € und  
in Ausgaben auf 627.430 € festgesetzt.  
Das jährliche Defizit liegt bei 20.730 €.

## 7. Budget Amt 2, SG 232, Forstbetrieb, UA 8551

**- Mit 25 : 0 Stimmen –**

1.) Aus den Budgetsaldos der Jahre 2000 und 2001 wird ein Betrag von 6.400,-- € zur Durchführung von dringend nötigem Wegeunterhalt nach 2002 übertragen.

2.) Das Budget des städt. Waldbesitzes für das Jahr 2002 wird auf 49.600,-- € (entspricht rd. 97.000,-- DM) festgesetzt.

## 8. Budgetierung des Sachgebietes Steuerverwaltung



12. Anfrage von Stadtrat Weiglein

Stadtrat Weiglein fragt, ob es zutreffend sei, dass städtisches Personal eingesetzt ist, um auf der Internetseite der Stadt Kitzingen Wahlwerbung zu betreiben.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass dies ohne seinem Wissen geschehen ist und mittlerweile auch von der Seite entfernt wurde.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.22 Uhr.

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

Protokollführerin  
gez.  
Rose